

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen

Im vorigen Jahre
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Abonnementpreis: monatlich 3.00 M., einschließlich Zustellungsgebühr — Sendungen nehmen sämtliche Postanstalten, Druckereien an einem Tagessatz entgegen. Einzelnummern 10 Pfennig. **Halle-Saale** Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. — Druckerei: Friedrichstraße 2/3, 512. **Anzeigenpreis:** Die Spaltenzeile 30 mm breite (mittlerer Durchschnitt) 12 Pfennig, kleine 8 Pfennig, die Spaltenzeile 80 mm breite (Breiten-Anzeige) 20 Pfennig. Abat mit Text: 5 Pfennig. — für Plakatverträge überlassen wir freie Garantie. **Verlagsstelle:** Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. — Druckerei: Friedrichstraße 2/3, 512. **Verlag:** Die Sächsische Zeitung, Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. — Druckerei: Friedrichstraße 2/3, 512. **Verlag:** Die Sächsische Zeitung, Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5410. — Druckerei: Friedrichstraße 2/3, 512.

Die Kölner Zwischennote überreicht

Wie man den deutschen Protest zurückweist

Gegen den Schwebezustand in der Kölner Zone

Berlin, 26. Januar.
Die Vorkämpfer Englands, Frankreichs und Japans sowie der belgische Gesandte und der italienische Gesandtschaft haben heute Mittag 12 1/2 Uhr im Auftrag ihrer Regierungen dem Reichsminister eine neue Kollektivnote über die Klärung der nördlichen Rheingebiete überreicht. Der englische Vorkämpfer erklärte bei Übergabe der Note, daß sie eine Antwortnote der alliierten Regierungen auf die deutsche Note vom 6. Januar 1925 darstelle und fügte hinzu, daß die alliierten Regierungen beabsichtigen, eine weitere, dritte Note auszufälligen Material abzugeben, sobald wie möglich der deutschen Regierung auszuliefern zu lassen. Der Reichsminister nahm die Note entgegen und erklärte, daß er vom Inhalt Kenntnis nehmen und über eine Beschäftigung des Reichsarchivs herbeiführen werde. Er fügte hinzu, die Reichsregierung habe erwartet, daß sie nicht einmal eine vorläufige Mitteilung der alliierten Regierungen, sondern das angelegentlichste Material erhalten würde, mit dem die Klärung der nördlichen Rheingebiete begründet werden sollte. Er nehme Kenntnis von der Erklärung des englischen Vorkämpfers, wonach die alliierten Regierungen der deutschen Regierung dieses Material sobald wie möglich auszuliefern lassen wollten, könne aber nur noch einmal dem bringenden Verlangen Ausdruck geben, daß dem gegenwärtigen Schwebezustand nunmehr als bald ein Ende gemacht werde.

Der Wortlaut der Zwischennote

(Eigener Drahtbericht.)
Die von den alliierten Vertretern heute nachmittag dem Reichsminister übergebene neue Note in der Kölner Klärungsfrage lautet folgenden Wortlaut:
Die alliierten Regierungen haben von dem Herrn Dr. Stresemann am 6. Januar an die alliierten Vertreter gerichteten Note Kenntnis genommen, wonach die weitere Note der alliierten Regierungen beantragt wird, die sich auf die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 429 des Friedensvertrages über die Befugnisse des als Röhler Zone bezeichneten Teiles der von den alliierten Truppen besetzten rheinischen Gebiete besog. Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten, aber

sich auf Bestätigungen einzulassen, die Deutschland in keiner Weise anerkennen könne.
Wie sie bereits in ihrer Kollektivnote vom 5. Januar mitgeteilt haben, werden die Deutschen eine neue Mitteilung hierüber zu machen lassen. Diese stellt fest, welche Maßnahmen sie von Deutschland erwartet, damit die Verpflichtungen des Artikels 429 des Vertrages von Versailles als getreulich erfüllt angesehen werden können. Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu machen. Schon jetzt müssen sie die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verstehen scheinen. (1) Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf 15 Jahre festgesetzt und haben die Abführung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen getreulich erfüllt. Da aber gewisse Bedingungen nicht getreulich erfüllt sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. (1)
Die Reichsregierung ist sich in der heutigen Sitzung schuldig geworden, daß die Antwort der alliierten Vertreter Dienstag vormittag zugestellt wird und alsdann veröffentlicht werden wird.

Die Haupt Schwierigkeit der Völkerbundkontrolle

Genf, 26. Januar.
Die Tagung der ständigen Militärkontrollkommission am 5. Februar zur „Sicherung“ der Arbeiten der Nachforschungskommission“ des Völkerbundes in Deutschland, Österreich, Ungarn und Jugoslawien steht man in zufälligen Kreisen mit großer Sorge entgegen. Während man über die Punkte „Diplomatische Rechte und Immunität für die Kommissionsmitglieder“ wie „Einschleusen für die Kommissionen“ einen Weg zur Lösung gefunden zu haben glaubt, herrscht der 3. Punkt, die „staatliche Garantie“, noch große Schwierigkeiten. Die hierauf bezüglichen Richtlinien des Völkerbundes sind sehr unklar. Deutlich wird aus ihnen nur die allgemeine Tendenz, die zunächst darauf hinausgeht, technische und praktische Mittel zur Garantierung der Durchführung der Kommissionsaufgaben zu finden. Daher wurde entgegen der ursprünglichen Absicht die Unterdrückung in erster Linie den militärischen Sachleuten anvertraut. Aufgabe der Juristen soll es dann nur sein, deren militärischen Forderungen eine rechtliche Form zu geben und sie mit Artikel 219 des Völkerbundes in Einklang zu bringen. Die Sicherungen für die Durchführung der Nachforschungen beziehen sich im wesentlichen auf folgende Fragen: Wie ist es zu ermöglichen, daß die Nachforschungs-Kommissionen in allen Fabriken, die a. B. der Herstellung von Kriegsmaterial verdächtig sind, Eintritt erhalten, und welche Maßnahmen sind zu ergreifen, wenn die Behörden den Eintritt verweigern?

Festhalten der Demokraten an der Großen Koalition

Berlin, 26. Januar.
Von demokratischer Seite wird gegenüber Verlautbarungen über Beschlüsse, Beschlüsse oder Äußerungen der demokratischen Partei im Preussischen Landtag in der Frage der mutmaßlichen Regierungsbildung in Preußen mitgeteilt, daß diese Verlautbarungen jeder Grundlage entbehren. Es wird gesagt, daß die deutschdemokratische Fraktion des Landtages auch nach dem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei an ihrer Politik festhalten werde, die allein es ermöglichen, den Staat vor gefährlichen Krisen zu bewahren. Mit der gleichen Konsequenz werden sie ihre Entscheidung zur Regierungsbildung werden nach dem sachlichen Fortschritt der Politik, als nach Parteien-, Personen- und Ziffernkombinationen treffen.

Die Neuwahl der preussischen Landtagspräsidenten

Berlin, 26. Januar.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Der preussische Landtagspräsident, der Sozialdemokrat W. G. G. hat bei den letzten Abstimmungen die Geschäfte des Präsidenten in einer Weise geführt, die nicht nur bei den betroffenen Parteien, sondern auch in Preußen des Reichstages großes Unbehagen erregt hat. Für die Neuwahl der Präsidenten dürfte wohl ein anderes Präsidium ent-

gesetzt werden, und zwar glaubt man, daß der deutsch-nationale Abgeordnete von Rries große Aussicht hat, wenn er geneigt ist, dieses Amt zu übernehmen. Es wird daher gewünscht, daß von den Parteien der Weimarer Konvention mit der Absicht hervorgetreten wird, am kommenden Freitag den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Von rechts wird dazu ein Verzichtungsantrag gestellt werden, der aber nur durchgehen kann, wenn das Zentrum oder ein Teil des Zentrums sich gegen eine fortwährende Aussprohierung der Kandidatur für den Ministerpräsidentenposten wird auch Dr. Marx genannt, der wegen seiner Stellung in der Regierungskreise wohl kaum ein Kabinett wird führen können, an dem Mitglieder der deutsch-nationalen Fraktion beteiligt sind.

Staatsstreik in Chile

Santiago, 24. Januar.
Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist die Regierungsjunta zurückgetreten, nachdem eine Gruppe junger Offiziere den Monarchpalast, den Sitz der höchsten Behörden, besetzt hat und Truppen den Palast umzingelt haben. Eine neue Regierungsjunta ist gebildet worden. Präsident Alessandri ist dringend aufgefordert worden, aus Italien zurückzukehren und die Reichsregierung wieder zu übernehmen. Zu Ausstellungen ist es nicht gekommen.

Paris, 24. Januar.

Aus Santiago wird gemeldet, daß die neue Regierung beschlossen hat, Anfang nächster Woche ein Gesetz zu erlassen, nach dem die rückständigen Gehälter der Staatsbeamten sofort ausbezahlt werden. Die Regierung ist entschlossen, dem Lande weitgehende Garantien für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Freiheit zu gewähren. Das Parlament ist einberufen worden.

Eine offizielle Mitteilung der chilenischen Gesandtschaft

Sern, 26. Januar.
Die chilenische Gesandtschaft teilt offiziell mit, die öffentliche Ordnung in Chile sei nicht gefährdet. Im ganzen Land herrsche vollkommene Ruhe. Die Militäraktion bewege eine allgemeine und gesetzmäßige Regierung wieder einzusetzen. Der frühere Präsident Alessandri sei bereit mit der Regierung der Reichsregierung beizutreten.

Strafverfolgung für die Sirdamörder

Paris, 26. Januar.
„Daily Mail“ erfährt ausairo, daß die britische Polizei die Mörder des Sirdar nun endgültig ermittelt und festgesetzt habe, daß insgesamt 25 Personen an der Mordtat beteiligt sind. Der Vorfall ist es jedoch nicht möglich, etwas gegen die Mörder zu unternehmen, da kein Zeuge auftraten wird, obwohl Tausende von Personen gegen die Mörder ansagen könnten. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß die Mörder straffrei ausgehen.

Kein Abbau der spanischen Diktatur

Madrid, 26. Januar.
In einer heutigen Kammerversammlung hielt Primo de Rivera eine große politische Rede, an deren Schluss er sagte: Die Diktatur sei ihr Gegner und bedürfe nicht mehr der Mitarbeit früherer Politiker, die ihre Redde bewirkt hätten. Alle Generale des Direktoriums seien entschlossen, weiter ihre Pflicht zu erfüllen. Primo de Rivera führte in seiner Rede aus, er habe die Diktatur aus vier Gründen eingesetzt, nämlich: Bekämpfung des Separatismus, Bekämpfung des Sozialismus, zur Befreiung der ökonomischen Lage und zur Lösung des Marokkoproblems. Alle vier Fragen seien noch ungelöst, und so würden weiter mit Schärfe separatistische Bestrebungen einzelner Landesstellen unterdrückt, und vor Spanien nicht über alles herrschen, diese nicht im Lande bleiben und kein öffentliches, geistliches oder militärisches Amt bekleiden. Große Strenge werde gegen soziale Aufwärtler angewandt. In Marokko liege die größte Schwierigkeit im Tanger-Gebiet, was sich dieser Tage zeigte, als bei den Kämpfen an der Grenze Aufstößen auf internationales Gebiet seien, was freundschaftliche Beziehungen zweier fremder Mächte hervorrief. Die Marokkofrage müsse einmündlich in der Schwere bleiben, doch sei bereit, viel erreicht, um ihre Lösung vorzubereiten. Wenn das Parlament wieder arbeite, sei unmöglich vorauszusetzen. Die Staatsverwaltungen hätten weitgehende Autonomie bekommen, und Frauen seien wählenberechtigt worden, ebenso werde ein Weg für die Provinzialverwaltungen angedeutet, deren größere Selbständigkeit ausgeübt werden könne. Neue gerechte Steuererlasse seien vorbereitet.

Bögenführer Ostfriesk Linde, H. G. Galle (Saale), Die ...

heute Wagon 6,75, Kabel Riecht 7,75, Iifa 13,5. Die ...

Halbescher Diehmarkt Bericht der Fleisch-Notierungskommission am ...

Berlin, 26. Januar. Schon im Verlauf der ersten Börsen- ...

Reipzig, 26. Jan. (Freier F.) Galla Riech 1,6; ...

Dresden, 26. Jan. Umlaufz 2,05 G., 2,215 G.; ...

Berliner Börse vom 26. Januar 1925

Main table of stock market data with columns for various securities, prices, and exchange rates.

Variable Kurse

Table of variable exchange rates for various banks and locations.

Weitere Berliner Kurse

Table of additional Berlin market data including commodity prices and other financial indicators.

Devisen-Kurse der Börse in Berlin

Table of foreign exchange rates for various countries and currencies.